

BEISPIELE FÜR KONTROVERSE ANTWORTEN

DIE GRÜNEN/EFA ANHÖRUNG MIT URSULA VON DER LEYEN

UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG

Grüne/EFA: Europa war noch nie so reich wie jetzt, aber gleichzeitig war der negative Einfluss der Europäischen Union auf Klima und Biodiversität noch nie so groß, wie heute. Ungleich verteilter Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und geschlechtsspezifische Ungleichheiten nehmen in der ganzen Europäischen Union zu, die Lebenserwartung beginnt zu sinken. Dies ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Sind Sie bereit, alle Vorschläge der Europäischen Kommission einer Überprüfung der Auswirkungen auf Ungleichheit, Umwelt und menschliche Gesundheit zu unterziehen? Und wie wollen Sie das tun?

VDL: Die Europäische Kommission könnte Klimafolgenabschätzungen durchführen. Sie erwähnen auch die Gleichstellung, das ist ein weiterer Bereich, über den wir sprechen können. Auch über das Thema Gesundheit würde ich gerne mit Ihnen sprechen. Wir bräuchten Screeningverfahren und evidenzbasierte Entscheidungen. Das ist etwas, was die Europäische Kommission übernehmen könnte. Wir sollten nicht über Fakten und Zahlen streiten. Ein wissenschaftlicher Beirat kann Empfehlungen geben, ob wir unsere Klimaziele erreichen oder nicht.

Grüne/EFA: Was ist, wenn die Europäische Kommission die Wissenschaft ignoriert, wie z.B. bei den endokrinen Disruptoren? Im Moment verlässt sich die Kommission auf die Wissenschaft, wenn sie ihren Zwecken dient, andere Male nicht.

VDL: Wir brauchen einen Nachhaltigkeitsrat, in dem uns die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sagen, was passiert. Es gibt unterschiedliche Meinungen in der Wissenschaft, aber anerkannte Wissenschaftler können ein Prüfsystem aufbauen.

KLIMAWANDEL

Grüne/EFA: Sie sagen zurecht: die Uhr tickt und wir erleben zur Zeit eine Reihe von Klimawahlen. Daher ist das Versprechen der Grünen/EFA: Es wird Veränderungen im Klimaschutz geben. Das ausgehende Europäische Parlament stimmte mehrfach dem ambitionierteren Minus-55-Prozent-Ziel zu.

Warum sollten die Grünen/EFA ihre eigenen Klimaschutzambitionen verringern, wenn selbst das gesamte Europäische Parlament dem 55-Prozent-Ziel zustimmt? Was schlagen Sie als sofortige konkrete Maßnahmen vor, die Sie in Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen ergreifen werden?

VDL: Das gemeinsame EU-Ziel liegt bei 40 Prozent. Wenn ich mich der 50 Prozent verpflichte, ist dies ein enormer Fortschritt. Das biete ich an. Wir brauchen ein Klimagesetz. Um mich bezüglich dem Europäischen Emissionshandelssystem zu wiederholen: Wir müssen uns den maritimen Sektor, die Luftfahrt, Verkehr und Mobilität sowie Gebäude näher anschauen. Und wir müssen das Soziale im Auge behalten. Falls die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (Stichwort Carbon Leakage) zu gravierend sind, müssen Kompensationen geschaffen werden.

Grüne/EFA: Bezüglich der Einbeziehung des Verkehrs in den Europäischen Emissionshandel zeigen uns Studien, dass Sie, wenn Sie CO²-Grenzen durch einen CO²-Preis ersetzen wollen, wir einen CO²-Preis von etwa 370/440€ pro Tonne CO² benötigen. Der aktuelle Preis liegt bei 25€. Werden Sie also Maßnahmen ergreifen, die den Preis pro Tonne CO² um das 20fache erhöhen? Immerhin haben Sie der ECR auch mehr Zeit für die Energiewende versprochen.

VDL: Wir brauchen eine Konvergenz beider Systeme bis 2030. Ich weise in jeder Anhörung darauf hin, dass die Länder nicht alle am gleichen Ausgangspunkt stehen: Ich spreche hier nicht von Zeit, sondern von Investitionen und Veränderungen, europäische Mittel zur Ermöglichung des Übergangs. Ein Beispiel ist hier die Kohlekommission in Deutschland. Wir müssen den Ländern helfen, die einen schwierigeren Ausgangspunkt haben. Nur mit Hilfe der EU sind die sozialen Folgen tragbar.

LUFTVERSCHMUTZUNG UND AUTOS

Grüne/EFA: Luftverschmutzung im 21. Jahrhundert führt in der EU zu 600.000 vorzeitigen Todesfällen. Derzeit laufen in 20 Mitgliedstaaten 29 Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichteinhaltung der EU-Luftqualitätsgrenzwerte. Zwei Jahre nach Dieselgate machen die Mitgliedstaaten immer noch nicht ihre Hausaufgaben in Bezug auf die Verpflichtungen der Automobilhersteller gegenüber den Verbrauchern und ihre Pflicht, den Bürgern ein angemessenes Niveau an Luftqualität und Gesundheitsschutz nach europäischen Normen zu garantieren. Wären Sie als potenzielle Präsidentin der Europäischen Kommission bereit, die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses des Europäischen Parlaments umzusetzen? Müssen alle Dieselfahrzeuge in der EU, die nicht den EU-Normen entsprechen, nachgerüstet und eine EU-Agentur für Emissionskontrolle eingerichtet werden?

VDL: Diese Kritik ist berechtigt, und es ist klar, dass wir unter großem Druck stehen, zu handeln. Sie haben einen Untersuchungsausschuss erwähnt, das können wir uns ansehen. Nach dem Skandal, den wir in der Automobilindustrie hatten: Stellen Sie sicher, dass wir in Motoren investieren, die unsere Ziele erfüllen. Dazu bräuchten wir viele Ressourcen, und diese Ressourcen müssten von der Automobilindustrie bereitgestellt werden.

Grüne/EFA: Ich bin nicht zufrieden mit dieser Antwort. Wären Sie bereit, die Luftqualitätsrichtlinie zu aktualisieren, um die Qualitätsnormen auf das von der WHO empfohlene Niveau zu bringen und Luftqualitätsgrenzwerte für bestimmte Luftschadstoffe einzuführen, die derzeit nicht in der Richtlinie enthalten sind, wie beispielsweise PM_{2,5}?

VDL: Ich kann weder ja noch nein sagen. Um unsere Ziele zu erreichen, brauchen wir einen breiten Themenmix, wo wir stehen und wo wir uns verbessern können. Es ist wichtig, sich mutige politische Ziele zu setzen und zusammen zu arbeiten.

LANDWIRTSCHAFT

Die Grünen/EFA: Das Thema Landwirtschaft und Ernährung steht im Mittelpunkt der politischen Debatte. Die Bürger fordern den Schutz der Kleinbauern, den Schutz der Umwelt und gesunde Lebensmittel. Die vorgeschlagene Agrarreform entspricht nicht den Zielen der Bürger, den Zielen der Verbraucher und den Bedürfnissen der Kleinbauern. Wir wollen, dass alle Agrarsubventionen bezüglich ihres Einflusses auf Klima, Artenvielfalt, Einkommen für Kleinbauern, soziale Gerechtigkeit und Tierschutz untersucht und mit einer Obergrenze von 50.000 € pro Betrieb versehen werden. Die Grünen/EFA möchten, dass die Kommission einen überarbeiteten Vorschlag zur Gemeinsamen Agrarpolitik vorlegt. Werden Sie das unterstützen?

VDL: Wir müssen unsere Agrarpolitik in eine Ernährungspolitik verwandeln und die biologische Vielfalt zum Hauptthema und den Tierschutz zu einem tragenden Pfeiler machen. Das ist meiner Meinung nach das, was unsere europäischen Bürger wollen. Es ist sicherlich eine der schwierigsten Aufgaben mit dem größten Konfliktpotential. Aber wie in jedem Bereich, der sich ändern wird, müssen wir uns intensiv damit befassen, wie die

Ausgewogenheit zwischen den Themen, die Sie gerade angesprochen haben, aussehen kann. Insbesondere wenn wir uns mit Klimaneutralität und Verhaltensänderung als die Hauptthemen auseinandersetzen.

Grüne/EFA: Befürworten Sie eine Überarbeitung des Vorschlags zur gemeinsamen Agrarpolitik, damit das neue Parlament an einem neuen und nicht an dem von Phil Hogan arbeiten kann?

VDL: Es ist schwierig, mit einem klaren Ja oder Nein zu antworten, weil ich mich eingehend mit dem Thema befassen muss. Ich habe die vielen Konflikte herausgearbeitet, die angegangen werden müssen, aber ich möchte erst die Gelegenheit nutzen, um einen intensiven Blick darauf zu werfen, was reformiert werden kann und was reformiert werden muss. Diese Antwort wird sie nicht befriedigen, aber das ist die Position, die ich habe jetzt habe.

RECHTSSTAATLICHKEIT

Grüne/EFA: Würden Sie für den Ausschluss von Fidesz aus der EVP stimmen?

VDL: Ich möchte hypothetische Fragen nicht beantworten.

Grüne/EFA: Würden Sie als Kommissionspräsidentin ein Verfahren nach Artikel 7 gegen Ungarn einleiten?

VDL: Das ist nicht das einzige Verfahren. In anderen Ländern gibt es andere Verfahren zu anderen Themen. Was wir brauchen, ist mehr Transparenz in diesen Prozessen und die Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten. Alle Mitgliedstaaten sollten der gleichen Überprüfung unterliegen.

Grüne/EFA: Wollen Sie Frans Timmermans als Vize-Präsidenten für Rechtsstaatlichkeit?

VDL: Ja, aber ich bin offen für einen Portfoliowechsel, wenn er es wünscht.

MASSENÜBERWACHUNG

Grüne / EFA: Würden Sie ein Moratorium für ein neues Gesetz zur Massenüberwachung, Datenerhebung und -speicherung unterstützen?

VDL: Wir müssen ein Gleichgewicht zwischen Sicherheitsbedürfnissen und Grundrechten finden.

SEENOTRETTUNG

Grüne/EFA: Würden Sie als Kommissionspräsidentin die Führungsrolle übernehmen, um echte EU-Maßnahmen zur Seenotrettung im Mittelmeer durchzuführen, um das Ertrinken von Migrant*innen zu verhindern? Würden Sie die Entkriminalisierung der humanitären Hilfe unterstützen?

VDL: Die Situation im Mittelmeer ist unhaltbar. Als deutsche Ministerin habe ich die Mission Sofia initiiert (Anmerkung: Es handelte sich bei der Mission Sophia nicht um eine Seenotrettungsmission, sondern Grenzschutz). Wir müssen die Ursachen des Problems in den Herkunftsländern durch wirtschaftliche Zusammenarbeit angehen. Wir müssen definieren, was „legale“ und was „illegale“ Einwanderung ist.

EUROZONE

Grüne/EFA: Personalplanung. Martin Selmayr wurde nicht durch ein normales Verfahren zum Generalsekretär der Europäischen Kommission ernannt. Was sind Ihre Pläne für ihn? Wird er im Sekretariat oder Ihrem Kabinett bleiben?

VDL: Wir diskutieren Personalplanungen nicht öffentlich, ich will jedoch ein internationales Kabinett.

Grüne/EFA: Die deutsche Bundesregierung hat zur schädlichen Sparpolitik in Europa beigetragen. Die Europäische Kommission unter Jean-Claude Juncker war frustriert über die Regierung, der Sie angehörten. Wären Sie bereit, einen Mindestkörperschaftsteuersatz anzuwenden? Wie werden Sie die notwendigen Investitionen in Klimawandel und Klimaschutz ermöglichen? Werden Sie die Sanktionen für Handelsungleichgewichte so ändern, dass auch ein Defizit bestraft wird?

VDL: Ich teile Ihre Einschätzung der Bundesregierung und ihrer Wirtschaftspolitik nicht, stimme jedoch zu, dass es zu große Unterschiede in der Europäischen Union gibt. Die neue EU-Kommission und das Parlaments müssen sich darauf konzentrieren, Brücken in Europa zu bauen. Wettbewerbsfähig zu bleiben bedeutet, dass die Mitgliedstaaten eine gewisse Verantwortung tragen.

Dennoch liegt es in unserem Interesse, Investitionen zu ermöglichen, damit die Länder mit anderen auf Augenhöhe bleiben.

Es liegt auch in unserem Interesse, alle Regionen zu unterstützen, zum Beispiel Kohlebergbauregionen. Dies gehört zur europäischen Solidarität.

Grüne/EFA: Die Frage ist noch nicht beantwortet.

VDL: Bei Ungleichheiten von Investitionen bin ich anderer Meinung. Überschüsse sind ein Zeichen für eine gute Wirtschaftsleistung. Allerdings müssen wir diese Unterschiede zwischen den Ländern in Bezug auf Defizite und Überschüsse verringern. Wir müssen gemeinsame Investitionsbereiche finden - Forschung, Innovation, hochinnovative Industrien und Bereiche, die diese Unterschiede in Europa verringern können.

Investitionen sind ein sehr sensibler Bereich, was verstehen wir unter „Investitionen“? Keine einfache Antwort auf dieses Thema. Wir müssen besser definieren, was eine Investition ist. Ist unsere aktuelle Definition zu eng?

Für den Mindeststeuersatz brauchen wir Einstimmigkeit. Wir können eine enge Zusammenarbeit haben. Wir brauchen aber die Zustimmung aller Mitgliedstaaten.

Ich bin jedoch der Meinung, dass wir an großen Technologieunternehmen arbeiten müssen. Einige Mitgliedstaaten erlauben ihnen, wenig oder gar keine Steuern zu zahlen. Ein Bereich, den wir analysieren müssen. Grundprinzip: Sie erhalten wirtschaftliche Vorteile, weil wir eine gute Struktur, Bildung und ein gutes Sozialsystem haben - Teil unseres sozioökonomischen Modells - und sie können davon profitieren. Aber sie müssen auch zur Aufrechterhaltung dieser Dinge beitragen. Das ist das Grundprinzip, das für sie gelten muss.

SOZIALRECHTE UND STEUERN

Grüne/EFA: Wie wollen Sie eine echte Sozialunion zur Bekämpfung von Ungleichheiten auf Augenhöhe mit der Wirtschafts- und Steuerpolitik vorschlagen? Sie sprachen von einem

Mindestgehalt, aber nicht jeder hat ein Gehalt, was ist Ihre Position zum Mindesteinkommen? Werden Sie sich für Gehaltstransparenz einsetzen?

VDL: Bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit brauchen wir als Erstes die Transparenz der Einkommen in den Unternehmen, um den Vergleich zu erleichtern. Was den sozialen Bereich betrifft, so ist enorm viel zu tun.

Ich bin keine Freundin des Mindesteinkommens, da gibt es zu viele offene Fragen. Es ist nicht klar, dass dies auf EU-Ebene umgesetzt werden kann, bis jetzt gibt es noch keine Beweise, dass Pilotprojekte die wirklich funktionieren.

Grüne/EFA: Steuergerechtigkeit ist Teil von sozialer Gerechtigkeit. Werden Sie eine konsolidierte Steuerbemessungsgrundlage für Unternehmen vorantreiben? Was halten Sie von der Tatsache, dass ein Mitgliedstaat die gesamte Steuerpolitik blockieren kann?

VDL: Keine Antwort.

VORSORGEPRINZIP

Grüne/EFA: Eines der wichtigsten Prinzipien, das in den Verträgen niedergelegt ist, ist das Vorsorgeprinzip. Dieses Prinzip hat den Zweck, die Umwelt und die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen und ist uns Grünen sehr wertvoll. Andererseits wird es oft kritisiert, weil es Innovationen erschwere und den wirtschaftlichen Interessen unserer Industrie schade. Ein Beispiel: Als IARC (von der Weltgesundheitsorganisation, WHO) feststellte, dass Glyphosat wahrscheinlich krebserregend sei, aber EFSA zu einer anderen Schlussfolgerung kam, wem sollte man glauben, den Wissenschaftlern der WHO oder denen der EFSA? Werden Sie das Vorsorgeprinzip umsetzen und sicherstellen, dass Produkte sicher sind und dass Bürger und Bürgerinnen geschützt werden, wenn zeitgleich Nachweise für potenzielle körperliche Gefährdung vorliegen und wenn das einen Schaden für die Wirtschaftsinteressen unserer Industrien bedeuten könnte? Werden sie endlich eine Entscheidung fällen, um endokrine Disruptoren aus unseren Produkten, Nahrungsmitteln und der Umwelt zu verbannen?

VDL: Was mir an Ihrer Frage gefällt, ist, dass diese die „Wenns“ enthält, denn natürlich wissen wir beide, dass das Vorsorgeprinzip ein absolut korrektes Prinzip ist und natürlich, wenn ein Beweis für Gefährdung vorliegt, kann das nicht mehr akzeptiert werden. Ich bin froh, dass Sie die Wenns genannt haben, weil es evidenz-basiert und bewiesen sein muss. Ich glaube an Wissenschaft und Forschung aufgrund meines Berufs. Wenn bewiesen ist, dass ein Stoff gefährlich ist, müssen wir ihn loswerden, wenn der Beweis nicht vorliegt, sind wir in einer schwierigen Situation, dann ist es nicht einfach zu entscheiden.

Grüne/EFA: Wir wissen, dass wissenschaftliche Evidenz gebraucht und missbraucht werden können. In diesem Fall sprechen wir von Experten und Wissenschaftlern bei der WHO und bei EFSA und dennoch kommen sie zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Wir finden keinen Ausweg aus dieser Situation, denn die Wissenschaft kann das nicht selbst lösen, wir müssen eine politische Entscheidung fällen zwischen der Gesundheit der Bürger und Bürgerinnen und der Umwelt oder den Wirtschaftsinteressen unserer Industrie. Was ist Ihre Position?

VDL: Wir müssen den Kampf darüber annehmen, was Fakt ist. Die Faktenbasiertheit ist in Zeiten der Desinformation und alternativen Fakten etwas, wo wir klar und transparent sein müssen. Dies ist ein schwieriger Job und manchmal werden wir verrückt, weil sich die Dinge nicht schnell genug bewegen, aber ich denke, dass Sie zustimmen würden, dass es in Zeiten

alternativer Fakten für uns ein Gebot ist, klar zu sein über Nachweise, die wir vorlegen können, um zu beweisen, dass die Dinge so sind, wie wir sie beschrieben.

URheberRECHT & UPLOAD FILTER

Grüne/EFA: Als Mitglied der deutschen Bundesregierung werden Sie sich sicher an die Massenproteste dieses Jahres kurz vor den Europawahlen erinnern, mehr als 250.000 in Deutschland allein protestierten gegen die Reform des Urheberrechts. Ganz Europa widersetzte sich, die Petition gegen Artikel 11 und 13 wurde von mehr als 5 Millionen unterzeichnet. Wenn die EU in der globalisierten Welt erfolgreich sein soll, braucht sie einen funktionierenden digitalen Binnenmarkt. Das Urheberrecht ist aber einer der Hauptfaktoren, die dies blockieren. Es ist der Kommission, dem Rat und dem Parlament nicht gelungen, das Urheberrecht sinnvoll zu reformieren. Werden Sie eine Reform des Urheberrechts vorantreiben, um die Schwächen anzugehen?

VDL: Sie erwähnten die Massenproteste und ich habe meine eigenen Erfahrungen mit Artikel 13, weil meine Kinder mir vorwarfen, wir würden das Internet zerstören. Was wir daraus lernten, wir brauchen einen sehr viel transparentere Weise, diese Dinge anzugehen. Es gab einen großen Mangel an Informationen und Klarheit. Die Massenproteste waren erfolgreich, weil Änderungen gemacht wurden. Sicher, Sie sind nicht zufrieden damit, aber das ist Demokratie, dass sich beide Seiten bei einem Kompromiss bewegen und nicht nur eine Seite alles gibt. Durch dieses Thema habe ich gesehen, wie wichtig transparente Informationen und die Beteiligung der Bevölkerung sind. Wir müssen früher klarer sein über das, was wir tun. Der digitale Binnenmarkt ist natürlich von größter Bedeutung für die nächste Kommission, das wir eines der Top-Themen sein. Ich bin mir nicht sicher, ob wir Sie zufriedenstellen können beim Thema Urheberrecht. Wir können beim Thema digitaler Binnenmarkt zusammenarbeiten, wir müssen besser werden bei der Digitalisierung, bei Cybersecurity, bei den Fähigkeiten der Menschen, die in solchen Unternehmen arbeiten, bei Bildung – die Fähigkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erhöhen, ist eine der größten Aufgaben, die vor uns liegen.

AUSSENPOLITIK

Grüne/EFA: Würden Sie als Kommissionspräsidentin die acht Kriterien der gemeinsamen Position zum Waffenexport, die von den Mitgliedstaaten angenommen wurde, in Form von Gesetzgebung niederlegen? (*Anmerkung: Das würde die Kriterien verbindlich machen, was derzeit nicht der Fall ist*)

VDL: Wir brauchen gemeinsame Regeln auf EU-Ebene zum Waffenexport (*Anmerkung: Also keine Zusage, die Kriterien verbindlich zu machen*)

HANDEL

Grüne/EFA: Würden Sie zusagen, effektive und durchsetzbare Kapitel zu Handel und nachhaltiger Entwicklung in zukünftigen Handelsabkommen zu haben? Würden Sie ein Moratorium der Ratifizierung des Mercosur-Abkommens unterstützen? Wären Sie bereit, die aktuellen Ungleichgewichte in Handelsabkommen beim Investorenschutz zu korrigieren?

VDL: Handelsabkommen sind notwendig, sie sind in unserem Interesse. Sie sind ein Instrument, um unsere Werte, unsere Standards zu exportieren. Ich unterstütze mehr Transparenz und die größere Einbeziehung des Parlaments im Verhandlungsprozess von Handelsabkommen. Wir sollten die Ziele des Pariser Abkommens in unsere Handelsabkommen aufnehmen. Wenn andere Beteiligte sich nicht an diese Ziele halten, sollten wir uns zurückziehen.